

NIEDERSCHRIFT
über die 13. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises
in der 10. Wahlperiode 2014/2019

in Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal
am Mittwoch, 16. November 2016, 15.00 Uhr

Vorsitzender: Landrat Winfried Werner

Schriftführerin: Verwaltungsangestellte Tatjana Herbrandt

Teilnehmer/innen: siehe Anwesenheitsverzeichnis

I. Eröffnung und Begrüßung:

Landrat Werner eröffnet die 13. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises in der 10. Wahlperiode 2014/2019 und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

II. Tagesordnung:

A) Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift der 12. Sitzung vom 05.10.2016
2. Einwohnerfragestunde
3. Bericht über den Stand des Donnersberger Energie Konzeptes – DENK Situationsbericht und Ausblick 2015/2016
4. Chancen und Risiken der Windkraftbeteiligungen des Donnersbergkreises unter Berücksichtigung der bisher eingespeisten Stromerträge – Antrag der FDP-Fraktion
5. Tourismusbericht des Donnersberg-Touristik-Verbandes
6. Kreisvolkshochschule / Kreismusikschule
 - a) Sachstand
 - b) Gebührenordnung und allgemeine Teilnahmebedingungen, KVHS
 - c) Honorarordnung und Aufwandsentschädigung, KVHS
 - d) Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen, KVHS

A) Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Genehmigung der Niederschrift der 12. Sitzung vom 05.10.2016

I. Sachverhalt:

Auf eine Nachfrage von Landrat Werner hin, werden keine Änderungswünsche zu der Niederschrift geäußert.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises genehmigt einstimmig die Niederschrift der 12. Sitzung des Kreistages.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Einwohnerfragestunde

I. Sachverhalt:

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht über den Stand des Donnersberger Energie Konzeptes – DENK; Situationsbericht und Ausblick 2015/2016

I. Sachverhalt:

Landrat Werner stellt fest, das **Donnersberger Energie Konzept DENK** sei eine Erfolgsstory. Als im Jahr 1998 die Vision formuliert wurde, der Donnersbergkreis soll theoretisch energieautark werden und es soll nur soviel Energie im Kreis verbraucht werden, wie hier auch erzeugt wird – haben einige dieses Vorhaben belächelt. Im Jahr 2015 wurde die Vision wahr: im Donnersbergkreis wurde mehr Strom erzeugt als verbraucht. Die gesamte Stromerzeugung im vergangenen Jahr lag bei 463.000.000 kWh, während der Gesamtverbrauch bei lediglich

411.000.000 kWh lag.

Ein weiteres Ziel, das der Kreistag 2007 formuliert hat, wurde ebenfalls erreicht: nämlich bis zum Jahr 2015 die aus erneuerbaren Quellen gewonnene Energie bezogen auf das Basisjahr 2006 zu vervierfachen. Diese Zielgröße betrug 308.000.000 kWh – das tatsächliche Ist wurde bereits mit 463.000.000 kWh genannt.

Vieles ist in den letzten 20 Jahren geschehen: Menschen wurden für das Thema Energiesparen sensibilisiert. Energieberatung für Haushalte und Betriebe, Seminare zur Altbausanierung, Infoveranstaltungen zum Öko-Check für Sportvereine und dem Förderprogramm der Evangelischen Landeskirche unter dem Stichwort Grüner Gockel standen genauso auf der Tagesordnung wie die Teilnahme an den UnserEner Aktionstagen der Landesregierung und dem Tag der Erneuerbaren Energien.

Gerade vorletzte Woche wurde auf diesem Weg der kleinen zahlreichen Schritte das Projekt Schülerumweltparlament mit dem Umweltpreis des Landes ausgezeichnet.

Ein wichtiger Schritt hin zur Energieautarkie ist eine Reduzierung des Energieverbrauchs. Hier geht der Kreis mit gutem Beispiel voran. Allein im Bereich der Heizenergie ist der Verbrauch seit 2001 um rund 1/3 gesunken. Die Gründe dafür sind vielfältig: Zum einen wurden die Heizungsanlagen in den kreiseigenen Gebäuden erneuert oder modernisiert und es wurden BHKW's gebaut.

Mit den Konjunkturprogrammen 1 und 2 des Bundes wurde die energetische Sanierung der Schulen vorangetrieben, insbesondere die Erneuerung der Fenster – allen voran ist aber das Nordpfalzgymnasium als Passivhaus ausgebaut worden.

Das neue Konjunkturprogramm 3 bringt dem Kreis 3,5 Mio. € Zuschüsse des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz. Zuzüglich eines 10%igen Eigenanteils werden knapp 4 Mio. € in die energetische Sanierung der Schulen investiert – vor allem die Erneuerung von Fenstern und raumluftechnischen Anlagen in den Turnhallen stehen auf dem Programm. Dadurch kann der Verbrauch der Heizenergie in den Schulen weiter deutlich reduziert werden.

Das zweite Standbein der Donnersberger Energiewende ist Strom aus regenerativen Energiequellen. Neben Fotovoltaik und Biomasseanlagen sind vor allem die Windräder Motoren dieser Entwicklung. Dieses Engagement ist wertvoll und wichtig. Denn jenseits aller Diskussionen über das Für und Wider einzelner Standorte und jenseits der Möglichkeit für die Betreiber solcher Anlagen Geld zu verdienen, gilt die zentrale Erkenntnis: Es gibt keine echte Alternative zur Nutzung dieser regenerativen Energiequellen. Weder Atomenergie, noch Kohle, Gas und Öl stellen eine wirkliche Option dar. Deshalb sind für die Zukunft Strategien gefragt, damit diese Erde auch weiterhin bewohnbar bleibt. Fotovoltaik- und Biomassenanlagen sind Teil dieser Zukunftsstrategie genauso wie die Windräder.

Rund 100 Windräder sind mittlerweile am Netz bzw. genehmigt oder im Genehmigungsverfahren. Die Grenzen des Wachstums sind allerdings so langsam erreicht. Die Akzeptanz solcher Windräder in der Bevölkerung schwindet je mehr die Katastrophe von Fukushima Geschichte wird. Landrat Werner unterstreicht jedoch, dass Windräder und Fotovoltaikanlagen die Alternative zu Atomkraftwerken und zur Klimakatastrophe durch die Nutzung von fossilen Brennstoffen sind. Wie bei allen nachhaltigen Entscheidungen ist es aber wichtig, dass der Weg auch von einer großen Mehrheit mitgegangen wird. Auch deshalb muss bei der Standortauswahl für Windräder sehr sorgfältig vorgegangen und die unmittelbar betroffenen Menschen auch mitgenommen werden. Dies wird zunehmend schwieriger. Deshalb wird in jedem Einzelfall konkret geprüft, inwieweit berechnete Interessen der Menschen gegen die Errichtung einer Windkraftanlage sprechen. Dies ist im Genehmigungsverfahren sowieso zu beachten – Landrat Werner ist auch überzeugt davon, dass dies schon im Vorfeld bei der Standortauswahl zu bedenken ist. Die neuen Vorgaben des Landes zu den Abständen zu Siedlungsgebieten sind Leitlinien, an den man sich entlang bewegen muss. Es werden auch künftig im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten neue Windräder genehmigt werden können und müssen – da aber 100 gute Standorte im Donnersbergkreis bereits belegt sind, wird der Zuwachs deutlich langsamer voran schreiten als dies in der Vergangenheit der Fall war. Mit rund 400.000.000 kWh Strom im Jahr sind Windräder aber auch in Zukunft das Zeichen für die Energiewende in unserem Land. Ein Zeichen für saubere und sichere Energie. Ein Zeichen für Fortschritt und Nachhaltigkeit.

Ein ganz anderes Feld, auf dem große Mengen von Energie verbraucht werden, ist der Verkehr. Mit der Reaktivierung von Schienenstrecken, der Stärkung des Schienenpersonennahverkehrs und vor allem mit dem Top-Angebot im Bereich des ÖPNV wurden schon viele Voraussetzungen dafür geschaffen, dass auch in diesem Bereich der Energieverbrauch reduziert werden kann. Gerade in diesem Feld des Verkehrs gibt es aber noch viel zu tun. Auch deshalb ist es wichtig im Rahmen eines Klimaschutzkonzeptes festzustellen, wo noch weitere Tätigkeitsfelder sind, in denen man sich verbessern kann. Das Ziel bleibt nach wie vor: Der Donnersbergkreis soll theoretisch energieautark werden – die Vision gilt für alle Handlungsfelder im Donnersbergkreis.“

Lisett Stuppy (B90/Grüne) erscheint um 15.10 Uhr zur Sitzung.

Michael Groß (SPD) zeigt sich über den Bericht und die darin aufgeführten Ergebnisse sehr erfreut. Es wurde nicht nur das Ziel eines theoretisch energieautarken Donnersbergkreises in Bezug auf den Stromverbrauch erreicht; auch der Energieverbrauch an den kreiseigenen Gebäuden konnte merklich reduziert werden. Während insbesondere die Höhe aus den erneuerbaren Energien erzeugten Stromes eher symbolischen Wert hat und nur ein Etappenziel auf dem Weg der landes- und bundesweiten Energiewende darstellt, führt die

Reduzierung der Verbräuche bei unseren Gebäuden dagegen direkt zu Kosteneinsparungen. Die Einsparung bei der Wärmeenergie von ca. 30% wirken sich bei angenommenen Heizkosten von 6 Cent /Kwh mit einer Reduzierung von über 130.000 € jedes Jahr beim Kreishaushalt aus. Allerdings darf auch die nur vergleichsweise geringe Bedarfsreduzierung im Strombereich nicht unterschätzt werden. Allein die Tatsache, dass trotz zunehmender Steuerungselektronik und der immens gestiegenen Anzahl von Verbrauchsstellen in den Schulen für PC's, Tablets, Whiteboards und sonstigen Multimediaanlagen, dieser überhaupt verringert werden konnte, muss als Erfolg betrachtet werden. Bei dem dargestellten Stromverbrauch in den einzelnen Verbandsgemeinden wäre für die künftigen Überlegungen eine Aufteilung in private und gewerbliche Bereiche sowie eine Betrachtung der Entwicklung dieser Verbräuche interessant und hilfreich. Insbesondere auch inwieweit sich im privaten Bereich der Strombedarf mit den Einsparungen durch neuere sparsame Verbrauchsgeräte auf der einen Seite und dem steigenden Strombedarf durch die zunehmende Digitalisierung auf der anderen Seite verändert werden - könnte hierdurch aufgezeigt werden. Die erreichten Ziele stellen jedoch nur Etappenziele dar. Es gilt den Veränderungsprozess weiter voran zu treiben. Die Beratung beim Umbau bzw. der Erneuerung der Heizungsanlagen fortzuführen und die Sensibilität der Bürger weiter zu stärken. Die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes wird hoffentlich oder sicherlich hierzu weitere Erkenntnisse liefern und Anreize und Ziele für die Zukunft geben. Dieser wichtige aber auch langwierige Prozess sollte weiterhin gemeinsam begleitet und vorangetrieben werden.

Gunther Rhein (CDU) gesteht, er selbst habe damals an die Vision, energetisch autark zu werden, nicht geglaubt. Die Anstrengungen haben sich jedoch gelohnt und das Ziel wurde erreicht. Erfreulich für ihn sei auch die Einsparung im Bereich der Energie bei den kreiseigenen Gebäuden. Allerdings kann er nicht verstehen, dass beim NPG im Bereich der Heizung zwar ein Rückgang zu verzeichnen ist, jedoch nicht in der Größe, wie es bei einem Passivhaus zu erwarten wäre. Der Stromverbrauch sei sogar von 110.000 kWh auf 271.000 kWh gestiegen.

Dr. Ernst Groskurt (B90/Grüne) erscheint zur Sitzung.

Albert Graf hat die detaillierten Zahlen zum NPG derzeit nicht präsent, stellt allerdings fest, dass die Einsparung bei der Wärme gravierend sei, was auch das Zeichen eines Passivhauses sei. Die Steigerung im Strombereich lässt sich durch die Installation aufwendiger Technik erklären, um das neue Heizungs- und Belüftungssystem handhaben zu können. Darüber hinaus wurde ein neuer Fahrstuhl eingebaut, die EDV komplett ertüchtigt, die auch ständig wächst. Somit war auf dem Stromsektor keine Einsparung zu erwarten.

Für die Initiatoren von DENK sei der vorliegende Bericht eine großartige Bilanz, so Helmut

Schmidt (Linke). Der Rebound Effekt lässt sich allerdings leider auch im Bereich der elektrischen Energien feststellen. Durch mehr Technik kommt es zu ähnlich hohen Verbräuchen wie vor 15 Jahren. Für ihn stellt sich die Frage wie dieser Effekt minimiert werden kann.

Beim weiteren Ausblick fehlen Helmut Schmidt zwei Punkte:

1. Die Energiewende steht und fällt mit dem Ausbau der Speicherung der erzeugten regenerativen Energiemengen, damit diese dann zur Verfügung stehen, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint.
2. Die Entwicklung des Strompreises muss sich in Zukunft ändern. Es wird immer mehr günstiger Ökostrom produziert, der Preis steigt jedoch für den Verbraucher aufgrund falsch gesteuerter EEG Umlage immer weiter an. Denn sehr viele große Wirtschaftskonzerne sind von dieser Umlage ausgenommen, sodass die Normalverbraucher mehr bezahlen und somit den Strom der Großabnehmer subventionieren. Dies führt in der Bevölkerung zu einer Unzufriedenheit, die auch nachvollziehbar sei.

Christian Ritzmann (FDP) kann die Einschätzung und die Euphorie in Bezug auf DENK nicht teilen. Zwar wurden Ziele verwirklicht und erreicht – ob jedoch diese tatsächlich zielführend sind – darüber wird man in Zukunft noch zu diskutieren haben. Wie Helmut Schmidt bereits erwähnt hat, werden mögliche Effizienzgewinne durch neue Technologien wieder aufgefressen. Darüber sollte man sich immer im Klaren sein. Seiner Meinung nach ist Energieeinsparung auch kein Selbstzweck. Die Menschen nutzen die Energie im täglichen Leben, um Güter und Dienstleistungen produzieren zu können. Hierbei ist der Blick besonders auf die Kosten zu richten. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung traf letzte Woche die Aussage, dass das EEG spektakulär ineffizient sei, d. h. zu teuer für das, was geleistet wird. Der Weltklimarat hat Deutschland bescheinigt, dass hier weltweit die höchsten CO₂ Vermeidungskosten aufgewendet werden, was natürlich ebenfalls eine Folge des EEG ist.

Bereits bei der letzten Diskussion um DENK hat Christian Ritzmann die Prüfung möglicher Standorte für Speicher angesprochen. Da sich allerdings der Bau einer Windkraftanlage viel unkomplizierter gestalten lässt, sei in Richtung „Speicherung“ noch nichts geschehen. Diesem Problem müsse man sich jedoch stellen. Energiepolitik muss ein Konzept sein, das er im Kreis allerdings vermisst und diese Tatsache auch bemängelt.

Landrat Werner bezieht sich auf die Aussage mit dem Selbstzweck und stellt klar: je weniger Energie verbraucht wird, um so weniger zahlt auch der einzelne Bürger und somit macht es auch Sinn Energie zu sparen. Denn jede kWh, die nicht verbraucht wird und jeder Liter Öl, der nicht verheizt wird – kostet für jeden Einzelnen eben nichts.

Zum Bau der Windkraftanlagen verdeutlicht Landrat Werner, es sei keineswegs einfach und unproblematisch Windkraft zu installieren bei all den Vorschriften, die notwendigerweise zu beachten sind. Dennoch sei dies ein guter und richtiger Weg.

Lisett Stuppy (B 90/Grüne) informiert, der Kreis hat entschieden sich an der Energiewende und am Klimaschutz mit aktiven und konkreten Maßnahmen zu beteiligen. Mit DENK wird hierzu ein wichtiger Beitrag und politische Weichenstellungen geleistet. Die festgelegten Ziele sind zwar erreicht, man sei jedoch noch lange nicht am Ende. So hat man noch einen langen Weg vor sich, wenn es z. B. um das Thema Energiesparen und die Energieeffizienz geht.

Viele Einzelmaßnahmen konnten bereits realisiert werden und DENK war und ist Anstoß für solche Projekte. Es müssen nun aber auch neue Ziele formuliert werden und mit einem Klimaschutzkonzept wird DENK weiter entwickelt. Der Klimaschutz umfasst nicht nur Themen wie Sanierung der kommunalen Einrichtungen oder Förderung erneuerbarer Energien, sondern bezieht auch Themen mit ein wie Mobilität, Abfall und Siedlungsentwicklung. Vor allem werden die Energieeffizienz und die Einsparpotenziale untersucht. Mit dem Klimaschutzkonzept können also Potenziale identifiziert und Teilkonzepte und Projekte erarbeitet werden. Der Bund leistet hier auch ordentliche Unterstützung im finanziellen Bereich. Lisett Stuppy ist froh, dass die Fraktion B90/Grüne mit ihrer Forderung nach einem solchen Konzept hartnäckig geblieben ist. Ihre Fraktion setzt sich auch weiterhin ein, dass das DENK in Zukunft beständig weiter bearbeitet und fortgeschrieben wird. Denn es reicht nicht nur aus von der Energiewende zu sprechen – diese gilt es umzusetzen. Der große Erfolg heute sei, dass der Klimaschutz mit dem Klimaschutzkonzept und dem DENK-Konzept langfristig und nachhaltig im Kreis und in der Politik etabliert werden kann.

Ulrich Kolb (FWG) erwartet eigentlich von den Personen, die das DENK so massiv kritisieren, auch Alternativvorschläge. Der Einsatz der Kohle- und Atomkraftwerke stellt für ihn keine ernst gemeinte Alternative dar. Das vorliegende Konzept versteht er als begleitend zu den Möglichkeiten, die die Politik und die Wirtschaft vorgibt. Wenn sich in Zukunft Einspeisungsmöglichkeiten ergeben, die von der Politik mitgetragen und von der Wirtschaft umgesetzt werden können, dann wird man auch im Kreis auf diese Veränderungen entsprechend reagieren und versuchen dies in das Konzept mit einzuarbeiten.

Der Kreis befindet sich mit dem DENK auf einem guten Weg und diesen gilt es weiter zu gehen.

Gustav Herzog (SPD) bezieht sich auf die Aussage von Helmut Schmidt bezüglich der Entwicklung des Strompreises und erklärt, da die Energieversorgungsunternehmen den Strom 365 Tage im Jahr rund um die Uhr zur Verfügung zu stellen haben, müssen sie zum Teil auch sehr teuren Strom an der Börse einkaufen.

Zu dem Aspekt einer Ausnahmeregelung für besonders energieintensive Produktionsbetriebe,

die im internationalen Wettbewerb stehen, teilt Gustav Herzog mit, es sei richtig und wichtig, dass es diese Regelung gibt. Denn viele große Betriebe stehen im Wettbewerb mit Unternehmen im außereuropäischen Ausland, die all diese Klimaschutzziele nicht verfolgen und die vielen Auflagen nicht haben. Ohne die besondere Ausgleichsregelung hätten diese Unternehmen deutlich schlechtere Chancen im Wettbewerb.

Gustav Herzog bestätigt die Aussage von Christian Ritzmann dahin gehend, dass das EEG nicht effizient sei. Allerdings sei der Grund hierfür der, dass Deutschland auf diesem Gebiet bereits sehr gut ist. So konnten bereits in der Vergangenheit viele Maßnahmen was CO₂-Einsparungen oder Energieeinsparungen an sich betrifft, bereits umgesetzt werden. Andere Länder liegen in diesem Segment Jahre zurück. Und schließlich weiß jeder, dass die letzten Prozente die teuersten sind. Der weitere Weg sei nun etwas anspruchsvoller, der sich allerdings immer noch lohnt.

Für die Zukunft sollte sich DENK stärker der Elektromobilität zuwenden. Hier sollte überlegt werden, wie evtl. der Fuhrpark umzustellen ist und in wie in öffentlichen und privaten Bereichen Anreize gegeben werden können, um mehr Elektroladestationen einzurichten. Mit diesem Prozess könnte man DENK eine weitere Zielrichtung für die Zukunft geben.

Christian Ritzmann (FDP) stellt klar, ihn stört die sogenannte Art der Energiewende. Seiner Meinung nach wurden hier Technologievorgaben den Menschen aufgezwängt – nämlich Fotovoltaik und Windkraft. Man muss viel mehr junge Menschen dazu ermutigen Ingenieurwissenschaften zu studieren, um eine Zukunftsalternative aufzeigen zu können. Was Deutschland braucht, sei Technologieoffenheit und Wettbewerb. Was hier allerdings momentan geschieht, sei ein Bevormunden und Anstoßen der Menschen in irgendwelche Richtungen, die die Politik für richtig hält. Und diese Vorgehensweise widerstrebt seiner freiheitlichen Grundeinschätzung.

Landrat Werner verdeutlicht: mit der Vision, theoretisch energieautark zu werden, wurde keine Technologie und kein Weg vorgegeben. Es wurde ein Ziel formuliert und welche Wege zielführend sind, wird immer wieder neu definiert.

Gunther Rhein (CDU) bittet wieder zum eigentlichen Tagesordnungspunkt zurückzukommen. Der Kreistag kann die Dinge, die von der EU, Bund und Land vorgegeben werden, nicht beeinflussen. Es können allerdings Sachen umgesetzt werden, die gesetzlich verankert sind, was hier auch geschieht.

Helmut Schmidt (Linke) kommt erneut auf den Einwand von Gustav Herzog zurück und merkt

an, dass sehr viele Unternehmen diese Befreiung von der EEG Umlage wollen und diese auch oft durch entsprechenden Lobbyismus erhalten. Er hält an seiner Aussage fest, dass dieses Vorgehen nicht richtig sei und dass hierdurch Privatverbraucher viele Großkonzerne sponsern und subventionieren, in dem sie alleine die EEG Umlage bezahlen.

Eberhard Hartelt (FWG) spricht einen weiteren Punkt an, der in Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnt: intelligente Netztechnik und intelligente Netze. Hierzu konnte er an einer Tagung von Prof. Töpfer teilnehmen, in der u. a. die Verbindung von Wasser- und Stromversorgung in diesem Bereich näher beleuchtet wurde und ein ganz wichtiges Zukunftsinstrument sein könnte. Sicherlich wird es in Zukunft auch in diesem Bereich Handlungsfelder auf kommunaler Ebene geben, die umzusetzen sind. Hier gilt es an diesem Thema dran zu bleiben.

Landrat Werner stimmt zu, dass dies ein weiterer Baustein sein könnte, über den man künftig gemeinsam diskutieren kann und muss. Dieser Themenbereich soll ebenfalls in den Ausblick des DENK aufgenommen werden.

Michael Cullmann (SPD) unterstreicht die Aussage von Eberhard Hartelt und bekräftigt, dass der Kreis sich mit DENK auf dem richtigen Weg befindet. Es sei richtig und gut nach Möglichkeiten der Speicherung zu suchen, die allerdings hier vor Ort auch umsetzbar sind. Das bestehende DENK-Konzept sollte auf jeden Fall weitergeführt werden.

II. Beschluss:

Der Bericht über den Stand von DENK wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Chancen und Risiken der Windkraftbeteiligungen des Donnersbergkreises unter Berücksichtigung der bisher eingespeisten Stromerträge – Antrag der FDP-Fraktion

I. Sachverhalt:

Landrat Werner übergibt das Wort an Christian Ritzmann zur Begründung des Antrages.

Christian Ritzmann (FDP) informiert, der Kreis sei seit geraumer Zeit an drei Windparks beteiligt. Aus diesem Grund hätte er gerne einen Sachstandsbericht wie die Situation der AöR und insgesamt der Windkraftbeteiligungen sei. Darüber hinaus sei eine öffentliche Diskussion der Sachverhalte aufgrund der Auslagerung in die AöR schwierig.

In den Verwaltungsratssitzungen der AöR werden den Mitgliedern regelmäßig Zahlen der Plan- und Ist-Erträge vorgelegt, die die einzelnen Beteiligungen ins Netz einspeisen. Mit dem vorliegenden Antrag bittet die FDP-Fraktion, diese Zahlen auf der Homepage des Donnersbergkreises zu veröffentlichen. So können sich auch die Bürger darüber informieren, ob die Windkraftanlagen gute oder weniger gute Erträge erzielen.

Albert Graf berichtet, der Kreistag hat im Dezember 2012 beschlossen, die Energiekonzepte Donnersberg als Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) mit der Aufgabe „Erzeugung erneuerbarer Energien“ zu gründen. Dies geschah erstens, um einen Beitrag zum Ausbau der erneuerbaren Energien im Donnersbergkreis zu leisten, d. h. auch keine Beteiligung außerhalb des Kreises und zweitens, um Einnahmen zu generieren, die dem Landkreis über die AöR langfristig zufließen sollen. Inzwischen ist die AöR an einer PV-Freiflächenanlage in Alsenz und 3 Windparks mit insgesamt 10 Windrädern beteiligt.

Die Basis für die Entscheidung zum Ankauf der Kommanditanteile in den jeweiligen Beteiligungsgesellschaften der Windparks erfolgte auf Grundlage der Ertragsanalysen von jeweils 2 Windgutachten, die von akkreditierten und zertifizierten Sachverständigen erstellt wurden, und zwar

- Windpark Grehweilerberg GmbH & Co. KG (Gemeinschaft mit juwi, 50% Kreisbeteiligung)
ANEMOS, Gesellschaft für Umweltmeteorologie, Reppenstedt (bei Lüneburg)
CUBE Engineering, Kassel
- Neue Energie Oberndorf GmbH & Co. KG
ANEMOS
Lahmeyer International GmbH, Bad Vilbel (Frankfurt)
- Neue Energie Göllheim GmbH & Co. KG
ANEMOS
Lahmeyer

Die darin enthaltenen Windpotenzialanalysen erfolgten nach den Richtlinien der DIN EN ISO / IEC 17025 und der technischen Richtlinie TR 6 der Fördergesellschaft Windenergie e. V. auf Grundlage der für die Region 23 vorliegenden Winddaten.

Die Gutachten weisen einen sogenannten P75-Wert aus. Der P75-Wert sagt aus, dass mit einer Wahrscheinlichkeit von 75 % der prognostizierte langjährig mittlere Jahresenergieertrag

nicht unterschritten wird. Damit ist klar, dass die prognostizierten P75-Werte keine Sicherheit zum Eintritt der ermittelten Energiewerte in jedem Jahr gewährt, sondern eine Wahrscheinlichkeit von 25 % verbleibt, dass aufgrund von verschiedenen Unsicherheiten der prognostizierte langjährig mittlere Jahresenergieertrag nicht erreicht wird. In den Exposé zum Kauf der Kommanditanteile wird der P75-Wert als Normalfall ausgewiesen. Ergänzend hierzu wurden wirtschaftliche Annahmen mit einer Unter- bzw. Überschreitung dieses Wertes von jeweils 10 % betrachtet und als „bester Fall“ und „schlechtester Fall“ hochgerechnet. Darüber hinaus fanden bei den Ertragsprognosen die üblichen technischen bzw. genehmigungsrechtlichen Abschläge von 7,12 % bzw. 7,5 % für Netzverluste, technische Verfügbarkeit, Schattenwurf, Fledermausabschaltungen, Kranichzug und Eisansatz ihre Berücksichtigung.

Weitere Abschläge je nach Standort bzw. nach Gutachten wurden unter der Thematik „Gesamtunsicherheit“ berücksichtigt für: Winddatenbasis, Modellierung Windfeld, Modellierung Parkwirkungsgrad und Leistungskennlinie.

Die Entscheidung zum Ankauf der Kommanditanteile an den drei Kommanditgesellschaften, und zwar an der Windpark Grehweilerberg GmbH & Co. KG mit einem Anteil von 50 %, an der Neuen Energie Oberndorf GmbH & Co. KG mit 50 % sowie an der Neuen Energie Göllheim GmbH & Co. KG mit einem Anteil von 33 1/3 %, war eine unternehmerische Entscheidung mit den damit üblicherweise verbundenen Risiken. Da der Ankauf mit entsprechenden Kreditmitteln finanziert wurde, erfolgte zudem eine Prüfung der Gutachten und der darauf aufbauenden Wirtschaftlichkeitsberechnungen durch die finanzierenden Banken; Deutsche Kreditbank, Berlin; Landesbank Baden-Württemberg, für den Eigenanteil der Energiekonzepte Donnersberg durch die Sparkasse Donnersberg. Die Risiko-Prüfungen durch die vorgenannten Kreditinstitute führten jeweils zur Kreditvergabe.

Zudem beauftragte die AöR, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schüllermann & Partner, Mainz beispielhaft mit der Prüfung der Wirtschaftlichkeitsprognose und der Risiken zur Beteiligung am Projekt Grehweilerberg. Auch diese Expertise wies keine Risiken auf, die gegen eine Beteiligung sprachen.

Der in den Gutachten zugrunde gelegte Windertrag basierte auf dem sogenannten IWET-Index für die Region 23, in der sich alle 3 Windparks befinden. In den Jahren 1996 bis 2013 lag der Windertrag in dieser Region bei 98,5 %, mithin um 1,5 %-Punkte unter dem langjährig erwarteten Durchschnitt.

Seit Herbst 2014 sind die betreffenden Anlagen nunmehr am Netz. Und wir haben momentan, was die Ertragslage betrifft, keine gute Situation. Maßgeblich dafür ist der verringerte Winder-

trag in der Region 23, der im Jahr 2014 bei 77,5 % und 2015 bei 95,4 % lag. Das Jahr 2016 läuft auf eine Größenordnung zwischen 85 und 90% hinaus, soweit die Zahlen bislang bekannt sind.

Bei unseren Windparks selbst sieht es ungefähr so aus, dass die besten Werte noch Grehweiler Berg erzielt, etwas unter dem IWET. Oberndorf ist deutlich davon entfernt, was auch große Sorgen bereitet. Göllheim liegt irgendwo noch dazwischen und sieht noch relativ gut aus.

Die Planzahlen für alle drei Beteiligungsgesellschaften wiesen einen Gesamtertrag von rd. 5,0 Mio. Euro aus, wovon rd. 2,3 Mio. Euro auf die Energiekonzepte Donnersberg – AöR entfallen sollten, wobei aber erst ab dem 17. Betriebsjahr (2031) nach Tilgung der Fremdfinanzierungen mit dem größeren Anteil an Ausschüttungen zu rechnen war.

Natürlich hat man die Wirtschaftlichkeit und die Liquidität der AöR im Fokus und das muss auch getan werden, gerade bei der jetzt nicht erfreulichen Situation. Selbst unter Berücksichtigung und linearer Fortschreibung der Mindererträge 2015 und 2016 wird derzeit noch von einem geringen Überschuss ausgegangen.

Trotz der Mindererträge hat die Energiekonzepte Donnersberg – AöR das Geschäftsjahr 2015 mit einem Überschuss von rd. 103.000,- Euro abgeschlossen und wird das Geschäftsjahr 2016 voraussichtlich mit einem Überschuss von rd. 26.000,- Euro abschließen.

Derzeit wird auf die sehr unbefriedigende Ertragslage durch Streckung der Tilgung des Darlehens für den Eigenanteil reagiert. Der bestehende endfällige Kreditvertrag mit der Sparkasse Donnersberg bietet den entsprechenden Spielraum für diese Handlungsweise.

Derzeit raten sowohl die Fachleute in den Beteiligungsgesellschaften, als auch mehrheitlich die Mitglieder des Verwaltungsrates der Energiekonzepte Donnersberg – AöR, der sich in seiner Sitzung am 25. Oktober 2016 mit der bestehenden Lage der AöR befasste, dazu, die Entwicklung von 4 bis 5 vollen Windjahren abzuwarten. Diese Einschätzung teilen sowohl Herr Reimringer als auch Albert Graf selbst voll und ganz.

Dabei muss die Liquidität der AöR fortlaufend im Fokus behalten werden.

Zum Antrag der FDP-Fraktion auf Veröffentlichung der tatsächlichen und kalkulierten Stromeinspeisungen, weist Albert Graf darauf hin, dass es hier einen Weg zu finden gilt zwischen den berechtigten Interessen der Öffentlichkeit auf Information und dem Schutz zur Wahrung sensibler Geschäftsdaten. Alle drei Geschäftsführungen lehnen eine Veröffentlichung der Ertragszahlen im Soll/Ist-Vergleich ab.

Er schlägt daher vor dass ein solcher Vergleich für die AöR jeweils aufsummiert über alle Projektbeteiligungen erstellt und monatlich fortgeschrieben, auf der Homepage des Kreises veröffentlicht wird.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates, als Kontrollorgan und quasi verlängerter Arm des Kreistages wird der Soll/Ist-Vergleich, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Beteiligungsgesellschaften, monatlich zur Verfügung gestellt.

Ulrich Kolb (FWG) versteht den Antrag der FDP als Kritik, dass der Kreis sich überhaupt an Windkraft beteiligt hat. Seiner Meinung nach hat der Kreis überhaupt keine Alternative gehabt, als sich daran zu beteiligen. Im DENK-Konzept wurde damals definiert man wolle die Windkraft im Kreis fördern. Wie würde denn eine solche Einstellung der Verantwortlichen im Kreis bei der Bevölkerung ankommen, wenn zwar eine Förderung gewollt ist, aber eine Selbstbeteiligung an solchen Projekten ausgeschlossen sei? Der Kreistag hat sich für eine Beteiligung ausgesprochen, was eine gute Idee war. Die Chancen und Risiken wurden vorher sorgfältig abgewogen und die Entscheidung letztendlich getroffen. Die Beteiligung ist auf 20 Jahre ausgelegt. Da hält es Ulrich Kolb für vollkommen falsch, bereits nach zwei Jahren die damalige Entscheidung infrage zu stellen.

Von der Veröffentlichung der Zahlen hält er nicht viel. Die derzeitigen Zahlen seien seiner Meinung nach nicht aussagekräftig genug, da die Laufzeit auf insgesamt 20 Jahre ausgelegt sei. Die Bürger könnten aus einem solchen Vergleich keine signifikanten Zahlen entnehmen.

Bei Christian Ritzmann (FDP) entsteht der Eindruck, dass zu viel Transparenz nicht gewollt sei, denn nach der Verwaltungsratssitzung der AöR habe er die Kreisverwaltung angeschrieben und gebeten ihm die Windkraftgutachten, die Bilanzen sowie die Prüfberichte der Tochtergesellschaften zugänglich zu machen. Bis heute hat er allerdings noch nichts bekommen. Er ist jedoch der Meinung und der Rechtsauffassung, dass ihm diese Informationen zustehen, um sich ein umfängliches Bild der Vermögens- und Ertragslage der AöR machen zu können.

Zu den Ausführungen von Albert Graf merkt er an, dass die Ertragsprognosen natürlich nur aus Auswertungen der Vergangenheitsdaten der Windhöufigkeit der Standorte abgeschätzt werden können. Als Grundlage für die Arbeit der Gutachter dienten sicherlich diese Daten, die Christian Ritzmann allerdings nicht vorliegen. Ihm liegt jedoch eine Zeitreihe der IWET-Daten vor, die er aus den Geschäftsberichten der Pfalzwind entnehmen konnte. Aufgrund dieser Datengrundlagen und dem Ergebnis des Jahres 2015 wurde seinerseits eine Simulationsrechnung erstellt; ausgelegt auf weitere 11 Jahre Laufzeit. Im Jahr 2015 hatte der Kreis nämlich zu den erwarteten Planerträgen Mindererlöse von 333.000 € auf die jeweiligen Anteile runter gerechnet. Würde jetzt der Durchschnitt des Zeitraumes von 2005 bis 2015 mit der tatsächlichen Windhöufig-

keit zugrunde gelegt werden, hätte der Kreis einen Mindererlös pro Jahr von rd. 570.000 € gehabt. Über die gesamte Laufzeit ergäbe sich demnach eine Summe von über 10 Mio. €. Die Aussage sei klar: hätte der Kreis die Anlagen bereits die letzten 11 Jahre bereits betrieben; hätte man jetzt schon einen Minus vom Plan von über 6 Mio. €. Bei solchen Zahlen handelt es sich nicht um ein vernachlässigbares Risiko.

Albert Graf zweifelt die Richtigkeit der von Christian Ritzmann vorgetragenen Zahlen an. Er verdeutlicht, dass die Entwicklung der Erträge bis zum Ende der Laufzeit linear durchgerechnet wurde. Hierbei wurden die Mindererträge aus dem Jahr 2015 sowie die bis dato vorliegenden Zahlen für 2016 miteinbezogen. Albert Graf unterstreicht, das Ergebnis zeige am Ende der Laufzeit einen leichten Überschuss. Alles andere sei Kaffeesatz lesen, denn niemand weiß, wie die nächsten Jahre laufen werden.

Für Michael Cullmann (SPD) sei es wichtig, dass selbst bei der Hochrechnung dieser negativen Zahlen am Ende der Laufzeit noch ein Überschuss festzustellen ist. Dass der Wind an bestimmten Stellen mal mehr und mal weniger weht, sei jedem bekannt. Sollte dem Antrag der FDP auf die Veröffentlichung der Zahlen entsprochen werden, sollten Angaben zur CO2 Einsparung, die aufgrund der Erzeugung der erneuerbaren Energien erreicht werden, ebenfalls mit veröffentlicht werden. Abschließend sei festzustellen, dass die Windräder nach einer Betriebszeit von einem halben Jahr bereits mehr Energie erzeugen, als benötigt wird um sie aufzubauen. Somit sei man energietechnisch schon lange im Plus.

Gustav Herzog (SPD) findet die Argumentation von Christian Ritzmann völlig unseriös. Ausgehend von einem schlechten Wert des Jahres 2015+2016 wird noch nicht mal eine Prognose, sondern viel mehr eine Vorhersage für die nächsten 10 Jahre getätigt, die lt. Christian Ritzmann auch so eintreffen wird. Eine solche Aussage zu treffen, sei unverantwortlich, so Gustav Herzog. Einem Unternehmen, das auf eine längere Zeitdauer angelegt ist, muss auch Zeit gegeben werden, sich zu entwickeln. Hierbei sind kritische Fragen durchaus erlaubt. Aber nach nur zwei Jahren der Laufzeit dieses Unternehmen so infrage zu stellen, sei völlig unseriös.

Zu der Veröffentlichung der Daten monatlich auf der Homepage merkt er an, dass eine Datenflut auch Desinformation sein kann. Seine persönliche Auffassung sei, dass eine 1x jährlich stattfindende umfassende Veröffentlichung ausreichend sein dürfte.

Gunther Rhein (CDU) ist der Meinung, die weitere Entwicklung der AöR solle auf jeden Fall beobachtet werden. Allerdings sollte nicht jetzt schon darüber gesprochen werden, ob evtl. Anteile an den Windparks veräußert werden sollen. Die nächsten 4-5 Jahre sollten abgewartet werden, bevor irgendeine Entscheidung zu treffen ist.

Landrat Werner kann feststellen, dass offensichtlich vielen Kreistagsmitgliedern es ähnlich geht wie ihm und keiner so genau weiß, was mit dem Antrag bezweckt wird. Er fordert Christian Ritzmann auf, Vorschläge zu unterbreiten, was denn aus seiner Sicht ein Schritt nach vorne wäre.

Zu den von Michael Cullmann angesprochenen CO2 Einsparungen, erläutert Albert Graf, dass diese noch zu errechnen sind. Dies könne gerne mit der Niederschrift nachgereicht werden.

Zu den von Christian Ritzmann angeforderten Unterlagen bei der Kreisverwaltung, konkretisiert Albert Graf, dass eine Mitteilung versendet wurde, wonach alle Unterlagen, die die AöR betreffen (Bilanzen, Zwischenberichte, Wirtschaftlichkeitsberechnungen) beim H. Ritzmann bereits vorliegen müssten. Sollte dies nicht der Fall sein, können diese ihm erneut zur Verfügung gestellt werden. Da hierauf keine Antwort erfolgte, ging die Verwaltung davon aus, dass die Unterlagen vorliegen.

Was die restlichen Unterlagen angeht, so wurden alle drei Untergesellschaften diesbezüglich angeschrieben. Die Antwort der Pfalzwerke ist gestern eingegangen und muss noch ausgewertet werden; ebenso verhält es sich mit der Antwort von juwi. Nach Prüfung der eingegangenen Schreiben wird sich Albert Graf melden und die Unterlagen, soweit möglich, zur Verfügung stellen – selbstverständlich auch allen anderen Verwaltungsratsmitgliedern.

Dr. Ernst Groskurt (B90/Grüne) unterstreicht die Aussagen der Vorredner dahin gehend, dass es nach einer so kurzen Zeit absurd sei, das ganze Unternehmen infrage zu stellen. Auf der anderen Seite sei der Ruf nach mehr Transparenz völlig im Sinne der Fraktion B90/Grüne. Die produzierten Strommengen im Vergleich zu den erwarteten Planzahlen sollten daher kein großes Betriebsgeheimnis darstellen. Zusätzlich die CO2 Einsparung mit zu veröffentlichen hält er für eine gute Idee und gibt den Bürgern eine bessere Aussage.

Christian Ritzmann (FDP) betont, der Kreis hat in diese Anlagen 6 Mio. € Bürgergeld investiert. Deshalb ist er der Meinung, dass man über diese Entwicklung und über die Risiken durchaus sprechen muss. Denn bei der AöR handelt es sich um kein „normales“ Unternehmen, das Umsätze generieren, Marketing betreiben kann und verschiedenste Steuerungsmöglichkeiten hat, um die Umsätze zu steigern. Aus diesem Grund können derzeit bereits über die Zukunftsaussichten dieser AöR wesentlich konkretere Aussagen getroffen werden. Natürlich kann man hoffen, dass die Windhöflichkeit die nächsten Jahre zunimmt – es bestehen dafür allerdings leider überhaupt keine Indizien. Und weil die Situation so ist, möchte Christian Ritzmann prüfen, wie die rechtliche Position des Donnersbergkreises in Bezug zu seinen Vertragspartnern gestärkt werden kann.

Aus diesen Gründen möchte er Transparenz und Fakten haben, die ihm derzeit seiner Meinung nach vorenthalten werden. Wenn diese ihm rechtzeitig vorgelegt werden und der Veröffentlichung im Internet, wie bereits erläutert, zugestimmt wird, dann wäre es für ihn hinreichend.

Landrat Werner merkt an, Albert Graf, als Vorstand der AöR hat die Prognosen vorgestellt, die anders aussehen, als die von Christian Ritzmann. Er erinnert an die PV-Anlage auf der Deponie in Eisenberg, die von Christian Ritzmann ebenfalls sehr angezweifelt wurde und informiert, dass diese Anlage gut läuft und die damaligen Zweifel und Bedenken sich als unbegründet herausgestellt haben.

Michael Groß (SPD) gibt zu bedenken, dass man den Menschen nicht Zahlen an die Hand geben kann, die sie gar nicht bewerten können. Den Wert, wie viel Energie erzeugt wurde, kann keiner beurteilen. Denn es spielen viele andere Faktoren mit eine Rolle, wie z. B. die unterschiedlichen Anlagentypen, Abschaltzeiten usw. Wenn hier schon die Bürger informiert werden sollen, dann sollten sie so umfassend informiert werden, dass sie auch damit was anfangen können.

Zum IWET-Wert führt er aus, dass dieser ein Ertragsindex sei. Insofern wird dieser IWET-Wert nie 100% erreichen, weil nie alle Anlagen zu 100% das ganze Jahr über in Betrieb sind. Denn jede Anlage hat mal eine Wartung und muss repariert werden. Der IWET-Wert gibt nur an, was eine Anlage im Jahr produziert hat, aber nicht was die Anlage im Jahr hätte produzieren können. Dieser Wert und die Referenzmenge wurden in den letzten 15 Jahren 4x novelliert – für die Bürger deshalb auch nicht nachvollziehbar.

Insgesamt sollte die Situation mit Ruhe und Bedacht auch weiterhin betrachtet werden, denn der Betrachtungszeitraum von einem Jahr lässt keine genauen Prognosen zu.

Klaus Hartmüller (CDU) und Karl-Heinz Seebald (SPD) verlassen um 16.35 Uhr die Sitzung.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt die Erträge der AöR jeweils aufsummiert, über alle Projektbeteiligungen monatlich auf der Homepage des Kreises zu veröffentlichen. Die Werte der CO₂-Einsparung sollen ebenfalls mitveröffentlicht werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Tourismusbericht des Donnersberg-Touristik-Verbandes

I. Sachverhalt:

Landrat Werner bittet Judith Schappert den Bericht vorzustellen:

Der Tourismusbericht des Donnersberg-Touristik-Verbandes, gegliedert in verschiedene Bereiche, liegt vor. Damit soll ein Überblick über die Aktivitäten und die verschiedenen Themenfelder gegeben werden.

So enthält dieser Informationen zu den Gäste- und Übernachtungszahlen und den damit verbundenen tourismusbedingten Umsätzen, etwas zur Struktur des DTV sowie den touristischen Angeboten in der Region. Diese wurden unterteilt in Wandern, Radwandern, Erlebte Geschichte und Kultur, Wald –Natur und Geologie sowie Genuss.

Ein weiterer Aspekt ist der Bereich ServiceQualität u. a. mit den Ausführungen zur Zertifizierung von Übernachtungsbetrieben und dem Angebot der Ausflugsverkehre in der Region.

Ebenso wurde ausgeführt, mit welchen Mitteln für die Region und die Angebote geworben wird, auch in Zusammenarbeit mit der Pfalz-Touristik und den Touristik-Büros in den Verbandsgemeinden.

Judith Schappert ergänzt den vorliegenden Bericht wie folgt:

Insgesamt konnten bis einschließlich August 2016 im Donnersbergkreis 41.845 Gäste (-0,8%) und 87.850 Übernachtungen (-0,4%) registriert werden.

Damit liegt der Kreis allerdings immer noch besser als die gesamte Pfalzebene. Hier liegt der Rückgang bei etwa 1,2 % bei den Gästen und 1,8 % bei den Übernachtungen. Aber diese Zahlen sind natürlich immer auch wetterabhängig. Denn viele Kurzentschlossene überlegen spontan für ein Wochenendurlaub oder für 3-4 Tage zu kommen. Vom Wetter ist es abhängig, gerade in den Sommer- oder Herbstmonaten, im Frühjahr und an den Feiertagen macht es natürlich etwas aus und das bedingt auch die Umsätze oder die Zahlen in den Betrieben. Und wie bereits ausgeführt und auch der Presse zu entnehmen war, sind auch nur Betriebe mit mehr als 8 Betten verpflichtet, die statistischen Zahlen zu melden.

1)

Eingebracht hat sich der DTV auch in der Umsetzung der Imagekampagne Donnersberger Land; einem LEADER – Projekt der Sparkasse Donnersberg. So präsentierte man sich am 9.

Juli 2015 auf der Donnersberger Brücke in München, um für die Region zu werben und am Abend davor mit einer Weinpräsentation. Unterstützung vor Ort bekam man durch eine Gruppe „Donnersberger“, unter der Federführung von Michael Cullmann, die es sich nicht nehmen ließen die Münchner anzusprechen und für „ihre“ Region zu werben. Eine Aktion über die auch in der Münchner Presse positiv berichtet wurde, nicht zuletzt auch dank der Idee der Verteilung von Sattelschützern mit dem Logo des Kreises.

Eine weitere Idee aus der Imagekampagne war es in Städten mit einer Donnersberg Straße zu werben. Erstes Ziel war Worms, am Samstag 9. Juli, und zwar im Rahmen der langen Einkaufsnacht. Auch in Worms unterstützte das Team eine Delegation aus der Region.

Eingeladen wurde wieder nach München zu einem Weinabend am 19. Oktober, erstmals ins Hofbräuhaus. Die Weine für die Weinprobe wurde dieses Mal freundlicherweise durch die Weingüter Hahnmühle, Mannweiler-Cölln und Janson Bernhard, Zellertal zur Verfügung gestellt. Die Weine vorgestellt hat die pfälzische Weinkönigin Anastasia Kronauer. Von den Gästen erhielt man viel Lob für den gelungenen Abend. Tagsüber erfolgte eine Präsentation in der Schalterhalle der Stadtparkasse München.

Aufgrund dieser Kontakte konnten bereits mehrmals Gruppen aus München bzw. von Münchnern organisierte Gruppen in der Region begrüßt werden. Eine Gruppe von 25 ehemaligen Offizieren der Bundeswehr und Streitkräften mehrerer europäischer Länder trafen sich vom 14. – 16. Juli im Donnersbergkreis. Das umfangreiche Drei-Tage-Programm beinhaltete kulturelle und kulinarische Aspekte. So stand auch ein Besuch im Kreishaus auf dem Programm, eine Stadtführung in Kirchheimbolanden, eine Wanderung auf dem Donnersberg und eine Weinprobe im Zellertal rundeten den Besuch ab. Vom 07.-09. Oktober besuchten zehn Mitglieder des Bezirksausschusses Neuhausen-Nymphenburg, ein Stadtteil von München das Donnersberger Land. Beide Gruppen übernachteten im Zellertal, da sie besonderes Interesse an dem Thema Wein hatten und fanden.

Eine weitere Gruppe plant im Frühjahr 2017 einen Ausflug in die Region.

In diesem Zusammenhang erwähnt Judith Schappert, dass auf Anfrage bzw. Initiative des Weingutes Schwan (Zellertal-Niefernheim) gemeinsam die Weinmesse WeinTour in Hamburg am 19./20. November besucht wird, Veranstalter ist das Deutsche Weininstitut. Aus dem Donnersbergkreis ist außerdem das Weingut Schmidt aus Obermoschel dabei; aus der Pfalz sei man die einzige touristische Region. Hierfür wurde eine entsprechende Broschüre erstellt mit Angeboten rund um den Wein (Mitgliedsweingüter, Pauschalen der Hotels, Übernachtungsmöglichkeiten auf dem Weingut, Wander- und Radwandertipps im Alsenz- und Zellertal).

Zurück zur Imagekampagne – man profitiert auch von den bisherigen Fotowettbewerben, die unter den Themen „Sommerblicke“ und „Frühlingserwachen“ standen. Hier dürfen die einge-

reichten Fotos auch zu touristischen Zwecken genutzt werden. Ziel ist es letztendlich alle Jahreszeiten mit einem bzw. durch einen Fotowettbewerb abzudecken.

Daneben informiert ein Newsletter auch über Veranstaltungen und touristische Angebote.

Aufgestellt wurden auch drei Webcams in der Region. Derzeit zeigt eine Webcam an der Stadtmauer in Kirchheimbolanden die Kreisstadt mit den umliegenden Gemeinden und deren Landschaft im Hintergrund. Eine weitere Webcam ist in Zell am Hotel Kollektur angebracht, von wo aus ein weitschweifender Blick über die Zellertaler Weinberge mit Blick auf den Donnersberg gegeben wird. Ebenso am Burghotel in Obermoschel. Dort zeigt die Webcam nicht nur die Weinberge des Alsenztals, sondern auch Obermoschel, die kleinste Stadt der Pfalz.

Damit imposante Ausblicke von unterschiedlichen Standorten im Land rund um den höchsten Berg der Pfalz zu sehen sind, soll der Standort von ein bis zwei Webcams immer wieder gewechselt werden und so die Vielfalt des Donnersbergkreises gezeigt werden.

Eine weitere Idee war das Thema „Illumination“; im Frühjahr 2017 sollen nun der Ludwigsturm und der Keltenwall auf dem Donnersberg leuchten. Und zwar am 21. und 22. April 2017. Neben der Illumination des Ludwigsturms und des Keltenwalls sollen zahlreiche Aktionen Besucher anlocken. Die gesamte Veranstaltung orientiert sich an den Themen Kelten, Geschichte und Natur. Demnach sind keltische Führungen entlang des Keltenwalls und Keltenwegs, ein Kinderprogramm, Mitmachaktionen sowie eine Feuershow geplant. Eingebettet ist das bunte Rahmenprogramm in irisch-keltische Musik. Die Besucher sollen mit einem Bus-Shuttle aus Rockenhausen und Kirchheimbolanden anreisen können.

2)

Das Projekt „Imagekampagne“ wurde noch in der „alten“ LEADER – Förderperiode umgesetzt. Zwischenzeitlich sei man wieder als Förderregion Donnersberger und Lautrer Land anerkannt und seit Sommer diesen Jahres können wieder Anträge über das LEADER-Förderprogramm gestellt werden, ein Themenschwerpunkt dabei ist der Tourismus.

In der alten Förderperiode wurden gemeinsam mit dem Landkreis KL im Rahmen der Tourismusakademie verschiedene Fortbildungsveranstaltungen angeboten. Für die neue Förderperiode hat die LAG Donnersberger und Lautrer Land einen Projektantrag für eine Fortbildungsreihe gestellt, damit ist eine höhere Förderung möglich. Partner sind wieder der Landkreis KL sowie der Bereich Dorferneuerung. Mit der „Zukunftswerkstatt Tourismus und Dorf“ soll ein Schwerpunkt auf das Thema „Barrierefreie Angebote“ gesetzt werden. Hierfür konnte auch die Universität Kaiserslautern als Partner gewonnen werden. Weitere Themen sind zielgruppenspezifisches Marketing, Online-Marketing, Eventmanagement, Veranstaltungsrecht sowie im Bereich „Dorf“ barrierefrei Bauen und Gestalten und „Leerstand als Chance der In-

nenentwicklung“. Es ist davon auszugehen, dass im Februar mit der ersten Veranstaltung gestartet werden kann.

Der zweite Projektauftrag ist nun abgeschlossen. Ende November wird der LAG-Vorstand über die eingereichten Projektsteckbriefe entscheiden und dabei sind auch zwei Anträge mit touristischen Projekten zum Thema Wandern. Der nächste Aufruf ist für das Frühjahr 2017 vorgesehen.

Grundsätzlich ist das neue Verfahren schwieriger bzw. aufwendiger als das der alten Förderperiode, da pro Projektauftrag immer nur ein Teil der Fördermittel bereitgestellt werden kann und das Auswahlverfahren mit einem Punktesystem komplexer geworden ist.

Im Bereich der Fort- und Weiterbildung wird zukünftig auch mit der Kreisvolkshochschule zusammen gearbeitet. Im Frühjahr wird Englisch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hotel-, Gastronomie- und Tourismusbranche angeboten. In diesem Kurs lernen die Akteure wichtiges Vokabular und Redewendung für diese Branche. Da das Zeitfenster dieser Personengruppe oft sehr eingeschränkt ist, soll das Seminar zunächst an 5 Terminen, und zwar am späten Nachmittag stattfinden. Ebenso soll gemeinsam die Ausbildung von Gästeführern für das Keltendorf angeboten werden und es findet noch ein Abstimmungsgespräch statt, inwieweit ein Seminar für die Ausbildung von Gästeführern für die Bergbauerlebniswelt Imsbach angeboten werden kann. Die KVHS bietet ja schon ein Seminar an für Stadtführerausbildung in Rockenhausen.

3)

Mit dem DTV – Vorstand sowie dem Vorsitzenden des Hotel- und Gaststättenverbandes wurde abgestimmt, dass wir in Zusammenarbeit mit der Sparkasse Donnersbeg und der Wirtschaftsförderung der Kreisverwaltung das Thema „Situation der Gastronomie im ländlichen Raum“ angehen möchten.

Dies ist auch immer wieder Thema in Gesprächsrunden, bei der Umsetzung von touristischen Projekten oder auch, wenn es um Leerstände geht. Dabei sind zwei Aspekte zu berücksichtigen. Zum einen die Stärkung der bestehenden Gastronomie und zum anderen, wie können Betriebe angesiedelt und leer stehende Betriebe/Objekte (auch Bürgerhäuser) vermarktet werden.

In einem Gespräch mit einem Beratungsbüro wurden folgende Ideen besprochen:

Bei bestehenden Betrieben könnten zunächst eine Kurzanalyse mit ersten Anregungen und Vorschläge für Maßnahmen vorgestellt werden. Eine weitergehende Beratung kann dann über das Land gefördert bzw. mitfinanziert werden.

Für die Vermietung oder den Verkauf von Objekten ist Erstellung eines Betriebskonzeptes mit Situations- und Marktanalyse, Analyse der Vorgaben, Entwicklung von Richtwerten und Kennzahlen sowie eines Vermarktungsexposés vorstellbar. Die Umsetzung wird nun intern mit

Sparkasse und Wirtschaftsförderung abgestimmt, wobei klar ist, dass es gewisse Kriterien gibt: wer kann sich beteiligen, dies wurde auch im Vorstand besprochen und dass es natürlich auch nur eine bestimmte Anzahl von Betrieben sein kann.

4)

Ein weiteres Projekt war und ist das Thema Einführung einer pfalzweiten Gästekarte – hier war man bei Abstimmungsgesprächen, Informationsveranstaltungen und der Beratung bzw. den Informationsgesprächen mit Betrieben und Freizeiteinrichtungen ebenfalls seit letztem Jahr stark eingebunden. Diese umlagefinanzierte Gästekarte soll Gästen die kostenlose Nutzung von Freizeiteinrichtungen sowie dem Bus – und Zugangebot in der Pfalz ermöglichen. Dazu ist es erforderlich, dass eine bestimmte Anzahl von Übernachtungen erzielt wird, also Betriebe die sich mit dieser Übernachtungszahl beteiligen. Rd. 100 Unterkunftsbetriebe haben bisher ihre Zusage gegeben, aktuell sind noch die Jugendherbergen dazu gekommen. Benötigt für die Einführung werden mind. 230.000 – 240.000 Übernachtungen; der Start wurde nun auf 2018 verschoben, um weitere Betriebe gewinnen zu können. Aus dem Donnersbergkreis sind 8 Betriebe sowie die Jugendherberge dabei.

Bei den Freizeiteinrichtungen sind es neben dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar über 50 Angebote, aus dem Donnersbergkreis sind u. a. das Keltendorf Steinbach, die Bergbauerlebniswelt Imsbach, das Hallenbad Kirchheimbolanden oder der Golfclub Röderhof dabei.

Ziel der Verantwortlichen auf Pfalz-Ebene, und auch den Mitgliedskommunen, ist es eine solche Karte realisieren zu können, um so für Gäste ein gutes Angebot vorhalten zu können.

5)

Im Bereich Werbung gibt Judith Schappert noch ein paar Informationen zur Nutzung des Internets. Neben der eigenen Internetplattform werden Veranstaltungen und Freizeittipps auf der Plattform der Pfalz- und damit verknüpft der Rheinland-Pfalz-Ebene eingepflegt. Ebenso arbeitet man über die Zukunftsregion Westpfalz mit dem Internet-Angebot und der APP City Kit Westpfalz zusammen und dem Info-Center auf dem Flughafen Ramstein. Und ebenso ist die Vernetzung mit der Kreisseite und deren neuen Facebook-Auftritt gegeben.

Die Wander-, Radwander- und Naturveranstaltungen werden auf der Internetseite des Hauses der Nachhaltigkeit, Johanniskreuz eingestellt.

Die Auswertung der Nutzung der Internetseite sieht bis Ende Oktober wie folgt aus:

Vom 01.01.16 - 31.10.16 insgesamt rund 210.000 Seitenaufrufe (Gesamtzahl der aufgerufenen Seiten auf der Seite, inkl. wiederholter Zugriffe).

- besucherstärkster Tag war Sonntag, 02. Oktober mit rd. 1500 Seitenaufrufen, gefolgt vom Sonntag, 27. März (Ostersonntag und dem 31. Oktober. Es kann festgestellt werden, dass die höheren Aufruf-Zahlen oft vor/an Feiertagen und Großveranstaltungen auftreten.

- Januar bis etwa Mitte März deutlich weniger Seitenaufrufe als in den Sommer-/Herbstmonaten.

- Rund 67 % der Besucher finden die Seite über Google. Rund 16 % benutzen keine Suchmaschine, sondern geben die Webadresse direkt in ihren Browser ein.

Rd. 40 % der Nutzer/innen sind zwischen 45 und 64 Jahren (21 % zwischen 45 und 54 J. , 19 zwischen 55 und 64 J.) In der Altersgruppe 25 – 44 Jahre liegt der Anteil bei rd. 33 %, (bei den über 65jährigen liegt der Nutzungsgrad bei 17 % und bei der Altersgruppe 18 – 24 Jahre bei 12 %.

Rund 51 % sind weiblich, 49 % sind männlich (weiblicher Anteil um 6 % gestiegen).

Rund 93 % der Besucher der Website kommen aus Deutschland,

- Von den Besuchern aus Deutschland kommen rund 40 % aus Rheinland-Pfalz, gefolgt von Baden-Württemberg (rund 16 %), Hessen (16 %), Nordrhein-Westfalen (8 %), Bayern (7 %) und dem Saarland (5 %). In diesen Gebieten liegen auch die Schwerpunkte der Werbung. Gestiegen ist hier der Anteil aus Hessen, NRW und Bayern.

- Rund 25 % aller Besucher sind wiederkehrend

- 69 % besuchten die Seite mit einem klassischen PC/Laptop, bereits 27 % über ein Smartphone und 15 % mit einem Tablet-PC. (vor 2 Jahren waren es beim Smartphone 13 % und beim Tablet-PC noch 8 %).

- Die beliebtesten Unterseiten sind: Veranstaltungskalender, Aktuelles, Pfälzer Höhenweg, Unterkünfte und Gastronomie, Die Region, Kultur & Aktivitäten, Wandern, Hotels/Pensionen und Ferienwohnungen.

Dank dem Miteinander und der Zusammenarbeit vieler Kräfte und Partner, also den Verbandsgemeinden, den Kommunen, der Pfalz-Touristik, den Leistungsträgern, Vereinen und ehrenamtlich Aktiven sowie auch dem Forst können die vielfältigen Angebote unterbreitet werden. Denn nur gemeinsam können die touristischen Angebote in der Region weiter entwickelt und der Tourismus gestaltet werden.

Judith Schappert nutzt die Gelegenheit und bedankt sich für dieses Miteinander und die Unterstützung, insbesondere bei den vielen engagierten ehrenamtlichen Kräften, denn ohne diese Akteure wäre vieles nicht möglich.

Ebenso dankt sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des DTV für die gute Zusammenarbeit, insbesondere auch für ihren Einsatz bei den umfangreichen Abend- und Wochenendterminen.

Dieter Hartmüller (CDU) und Hans Leverkus (CDU) verlassen um 16.55 Uhr die Sitzung.

Auch Landrat Werner spricht Dank aus, zum einen für den Bericht, aber vor allem für das Engagement und für das Einbringen im Bereich Tourismus im Donnersberger Land und schließt auch diejenigen ein, die hier im Haus, in den Verbandsgemeinden und ehrenamtlich ihre Unterstützung hierzu leisten.

Michael Cullmann (SPD) sieht den DTV als die touristische Interessenvertretung der Nordpfalz-Region. Den vorliegenden Bericht sowie die darin enthaltenen Ideen, wie die Beleuchtung am Donnersberg und die Bürgerhäuser in den Dörfern, findet er gut. Betrachtet man die Aufgaben des DTV, so stellen Informationsvermittlung, Auskunftserteilung und Reisetipps die grundlegende Leistung dar. Das Marketing wird allerdings zunehmend genauso wichtig wie die anderen Aufgaben. Da Deutschland in den letzten Jahren ein immer wichtigeres Reiseziel darstellt, steht der Donnersbergkreis in Konkurrenz zu den anderen Regionen. Nur durch entsprechende Werbemaßnahmen können Gäste in die Region geleitet werden.

Die Anstrengungen lohnen sich doppelt, denn touristische Angebote kommen selbstverständlich auch den Einwohnern des Kreises zu Gute. Ein Beispiel hierfür ist der Ausbau von Radwegen. Die Entwicklung im technischen Bereich der Fahrräder, sprich E-Bikes, wird für das Befahren der hiesigen Hügellandschaft positive Effekte haben. Wünschenswert wären mehr Mittel und Personal für diesen Bereich. Allerdings seien die finanziellen Grenzen wohl allen bekannt. In Hinsicht auf die PfalzCard merkt Michael Cullmann an, dass der Donnersbergkreis natürlich nicht gerade die führende Region in der Pfalz sei, was die Übernachtungszahlen angeht. Man sei allerdings führend an der Anteilnahme der Pfalzcard, d. h. man deckt es prozentual deutlich besser ab, als z. B. die Vorderpfalz, die den Grund einer solchen Pfalzcard nicht so sieht, wie die Regionen, die mit Besuchern nicht so stark gesegnet sind.

Für den Donnersbergkreis sieht die SPD-Fraktion drei Ziele: Erhöhung der touristischen Wertschöpfung und damit mehr Arbeitsplätze, Stärkung des Standortimages und weitere Bündelung der Aktivitäten der unterschiedlichen Akteure im touristischen Bereich, lokal und pfalzweit. Anschließend spricht er Dank für die geleistete Arbeit aus.

Gunther Rhein (CDU) bedankt sich ebenfalls für die erbrachte Arbeit. Überraschend für ihn sei, dass die Übernachtungen im Donnersbergkreis nur um 1,7 % rückgängig sind, in der Pfalz

überregional allerdings um 6,1 %. Ihn würde interessieren, ob die Übernachtungszahlen aufgesplittet werden können in rein touristische Übernachtungen und solche, die beruflich veranlasst werden, wie z. B. durch die Firmen BorgWarner, Adient usw.

Des Weiteren möchte er wissen, ob es angedacht sei im Bereich des Alsenzradweges Einkehrmöglichkeiten zu schaffen. Denn seiner Meinung nach fehlt es dort an Gastronomieangeboten, damit dieser Weg besser angenommen wird.

Judith Schappert merkt zu den Übernachtungszahlen an, dass die Frage nach der Unterscheidung relativ oft gestellt wird. Die Hotelbetriebe werden zu den verschiedensten Themen abgefragt und müssen viele Erhebungsbögen ausfüllen. Es sei zum Teil schwierig, rechtzeitig und zuverlässig die gemeldeten statistischen Zahlen zu erhalten. Zusätzlich die Zahlen der Unterscheidung nach diesen beiden Kriterien zu bekommen, würde sich sehr schwierig gestalten. Denn jeder Gast ist wertvoll und stellt einen wichtigen Baustein in der Tourismusbranche dar. Denn auch Tagungsgäste nutzen verschiedene Freizeiteinrichtungen und machen gerne Weinproben.

Zum Thema Gastronomie und Einkehrmöglichkeiten informiert Judith Schappert, dies sei ein Thema, um das sich der DTV nicht alleine kümmern kann. Es können Hilfestellungen, Anregungen und Unterstützung angeboten werden. Allerdings kann der DTV keine Gaststätten betreiben. Mit den Kommunen und den politisch Verantwortlichen vor Ort müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Gastronomiebetrieben Anreize zu geben, sich niederzulassen. Dieses Thema soll allerdings auch im Rahmen des LEADER Konzeptes angesprochen und vertieft werden.

Dr. Ernst Groskurt (B90/Grüne) bedankt sich für den mündlichen und den schriftlichen Bericht. Beim Durchlesen fiel ihm auf, dass die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen, den Übernachtungsbetrieben und der Gastronomie gut zu funktionieren scheint und sei eine tolle Sache. Das Thema „Wandern“ spielt in der Region eine große Rolle. Die Planung solcher Wandertouren gelingt den Besuchern sehr gut über das Internet, die Homepage ist sehr ansprechend, einfach zu nutzen und gut verlinkt.

Der Bereich des ÖPNV müsste seiner Meinung nach, gerade bei Wandertouren, stärker mit einbezogen werden. Denn oft sind die Gäste darauf angewiesen, ihr Gepäck von einem Ort an den anderen zu transportieren. Ein Angebot der Abholung ist bereits vorhanden, dennoch muss man sich über den Bereich ÖPNV intensiver unterhalten.

Die erfreuliche Entwicklung der E-Bikes spricht er ebenfalls an und findet diese sehr positiv.

Durch den Bericht wird deutlich, welche Vielfältigkeit an touristischen Angeboten im Kreis vorhanden sei, stellt Adolf Kauth (FWG) fest. Es überrascht immer wieder, dass die Situation oft

verkannt wird, welche Angebote hier bereits vorhanden und welche noch auszubauen sind. Sieht man die Zahl von 2,1 Übernachtungen pro Gast, so besteht hier noch ein wenig Luft nach oben, um im Durchschnitt zu wachsen. Der Donnersbergkreis verfügt über den Charme hier zwei kleine Weinbaugebiete zu haben – so können die Menschen in die Region gelockt werden. Bei der Versammlung in Lambrecht war für ihn die überraschende Zahl, wie viele Schweizer mittlerweile in die Pfalz kommen. So konnte das Jahr 2015 einen Zuwachs von etwa 4000 Personen verzeichnen. Hier gilt es Ideen zu entwickeln, wie auch für diesen Personenkreis die Region interessant dargestellt werden kann.

Die E-Bikes werden in der Region immer mehr angenommen. Adolf Kauth ist sicher, dass hier die Entwicklung im Jahr 2017 gesteigert werden kann und das E-Bike seinen Stellenwert als Verkehrsmittel durchaus verdient.

Insgesamt sei man auf einem guten Weg. Er bedankt sich für die Arbeit und den Bericht.

Eva Brand (FDP) sei ebenso der Ansicht, es wurde viel erreicht und man befinde sich auf einem guten Weg. Ihr fehlt allerdings ein wenig die Vernetzung mit den Nachbarkreisen. In dieser Hinsicht könnte einiges verbessert und die Verkehrswege, die bestehen, besser genutzt werden, beispielsweise über die öffentlichen Verkehrsmittel. Auch die Kommunikation könnte belebt werden, um die zahlreichen Akteure in der Touristik mehr miteinander zu verbinden.

Landrat Werner bestätigt, nichts ist so gut, dass es nicht noch verbessert werden kann. Er informiert allerdings, das LEADER Gebiet umfasse den Donnersbergkreis und 3 Verbandsgemeinden des Landkreises Kaiserslautern. Das Thema Geotourismus soll gemeinsam mit Kaiserslautern und Kusel angegangen werden. Aber sicherlich könne das ein oder andere noch verbessert werden.

Helmut Schmidt (LINKE) schließt sich den Vorrednern an und findet den Bericht und die geleistete Arbeit sehr gut. Anhand der Zahlen sieht man, dass in der Tourismusbranche doch einiges erwirtschaftet wird – eine Nettowertschöpfung von 6 Mio. €. Für den Kreis wird dadurch ein Steueraufkommen von 300.000 € erzielt, was sehr gut und erfreulich ist. Einem Zeitungsartikel der Rheinpfalz nach, ist dies allerdings die Hälfte der Summe, die die BASF an einem Tag an Steuern vermeidet.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Ulrich Kolb (FWG) verlässt um 17.15 Uhr die Sitzung.

- Zu Punkt 6 der Tagesordnung:** **Kreisvolkshochschule / Kreismusikschule**
a) **Sachstand**
b) **Gebührenordnung und allgemeine Teilnahmebedingungen, KVHS**
c) **Honorarordnung und Aufwandsentschädigung, KVHS**
d) **Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen, KVHS**

I. Sachverhalt:

Landrat Werner möchte in der heutigen Kreistagssitzung über die Arbeit der Kreismusikschule und der Kreisvolkshochschule berichten. Der Kreis deckt einen Defizit in der Kreismusikschule von bis zu 210.000,00 €/Jahr und in der Kreisvolkshochschule von 100.000,00 €/Jahr ab. Dieses finanzielle Engagement sei notwendig und gerechtfertigt. Kreismusikschule und Kreisvolkshochschule erbringen in der Region Leistungen, für die in vielen Fällen kein anderer Anbieter zur Verfügung steht. Mit ihren Beiträgen im Bildungsbereich setzen sie wichtige Impulse – die Kreismusikschule vor allem bei Kindern und Jugendlichen und die Kreisvolkshochschule vor allem bei erwachsenen Menschen hier im Kreis. Dieses Engagement soll fortgesetzt werden. Dazu sind Veränderungen notwendig, die bereits angegangen wurden oder in nächster Zeit angehen werden.

Die Kreisvolkshochschule und die Kreismusikschule sind umgezogen in die Karl-Ritter-Schule. Damit ist eine weitere wesentliche Veränderung einhergegangen, nämlich die Zusammenlegung der Verwaltung der beiden Bildungswerke. Jetzt ist eine Verwaltung Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger des Donnersbergkreises und ist in den Räumlichkeiten der Karl-Ritter-Schule zu den normalen Öffnungszeiten der Kreisverwaltung präsent. Dazu ist es erforderlich, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Auskünfte sowohl für die Volkshochschule als auch für die Musikschule geben können. Die dafür notwendige gegenseitige Einarbeitung ist in vollem Gange.

Bei der Kreismusikschule wird derzeit Unterricht aus acht verschiedenen Fachbereichen angeboten. Ziel ist es, sowohl in der Breite als auch in der Spitze auszubilden. Insbesondere soll Nachwuchs für die Musikvereine gewonnen werden. Das sehr hohe Niveau der musikalischen Ausbildung zeigt sich darin, dass immer sehr gute Platzierungen bei den Wettbewerben „Jugend musiziert“ erreicht werden. Herausragend im vergangenen Jahr war die Teilnahme des Streichorchesters ALBA am Bundeswettbewerb in Ulm. Dieser großartige Erfolg ist der engagierten Arbeit von Virgil Gega und den hervorragenden Fähigkeiten der jungen Musikerinnen und Musiker zu verdanken. Sorge bereitet dagegen in der Musikschule der Rückgang der Schülerzahlen. Im Jahr 2015 besuchten insgesamt 1.248 Schülerinnen und Schüler den Unterricht in der Kreismusikschule. 2014 waren das noch 1.339. Das Angebot im Bereich der musikalischen Bildung muss sich mit vielen anderen Nachmittagsangeboten messen lassen. Nicht

zuletzt die immer größere Verbreitung von Ganztagschulen lässt das Zeitfenster für die musikalische Bildung von Kindern und Jugendlichen immer weiter zusammenschrumpfen. Ziel ist es deshalb, stärker mit Schulen zu kooperieren und dort ein entsprechendes Angebot anbieten zu können. Erstes Beispiel soll die Grundschule in Kerzenheim mit einem Instrumentenkarussell werden.

Große Veränderungen hat es in den vergangenen Monaten bei der Kreisvolkshochschule gegeben. Der bisherige Leiter Klaus Schilling ist zum 01.04.2016 ausgeschieden, seine Nachfolgerinnen haben ihre Tätigkeit am 01.06.2016 mit je einer halben Stelle aufgenommen. Durch die Fusion mit der Volkshochschule Eisenberg zum 01.01.2016 gibt es erstmals eine einzige Kreisvolkshochschule für den gesamten Donnersbergkreis. Die Zusammenlegung bedeutet, dass die Arbeitsabläufe und die Prozesse der ehemals eigenständigen Volkshochschule in Eisenberg auf den Donnersbergkreis übertragen werden müssen. Erstmals in der Geschichte der Kreisvolkshochschule konnte ein kreisweites Programm zur Verfügung gestellt werden. Die Bürgerinnen und Bürger des Donnersbergkreises finden nunmehr alle Kurse in einem bestimmten Fachbereich zusammengefasst im Programm wieder und können den Ort wählen, an dem sie Kurse besuchen wollen. Im Zusammenhang mit der Erstellung eines kreisweiten Programmes wurden die Aktivitäten im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ausgeweitet. Die Kreisvolkshochschule soll als Marke im Kreis vermehrt in das Bewusstsein der Menschen hereingetragen werden. Dazu gehört auch ein geplanter neuer Internetauftritt mit einer einfachen Online-Anmeldung. In der Kreisvolkshochschule werden fachlich hochwertige Kurse zur Erwachsenenbildung angeboten. Um dieses hohe Niveau halten und weiter ausbauen zu können soll an einer Qualitätszertifizierung teilgenommen werden. Diese ist erforderlich, um die Kurse auch sonstigen Bildungsträgern, wie z. B. dem Jobcenter und der Arbeitsagentur anbieten zu können, aber auch um die so wichtigen Integrationskurse im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge weiter durchführen zu können. In diesem Zusammenhang müssen Dozentinnen und Dozenten auch zukünftig einheitlich durch die Kreisvolkshochschulleitung überprüft und zugelassen werden. Auch die Außenstellen in den einzelnen Verbandsgemeinden wurden bereits zu mehreren Gesprächen eingeladen, um die Arbeit dort weiter zu entwickeln. Es ist gelungen, für Kirchheimbolanden und Eisenberg neue Außenstellenleiterinnen zu gewinnen und man sei in Gesprächen mit den Bürgermeistern der Verbandsgemeinden um eine entsprechende Unterstützung der Verwaltung in allen Verbandsgemeinden zu erreichen.

Um die Arbeit als Dozentin oder Dozent für die Kreisvolkshochschule wieder attraktiver zu machen hat man sich entschieden, heute dem Kreistag eine Neuregelung der Gebühren- und Honorarordnung vorzuschlagen. Darin ist eine deutliche Anhebung der Dozenten honorare ebenso enthalten wie eine damit einhergehende Anhebung der Gebühren. Ziel ist es, diese Mehraufwendungen kostenneutral zu gestalten. Durch die Ausweisung von verschiedenen Gebührenstaffelungen im Programm der Kreisvolkshochschule für unterschiedliche Teilnehmerzahlen

soll es gelingen, zukünftig auch kleine Kurse kostendeckend anbieten zu können. Aufgrund der ländlichen Struktur im Donnersbergkreis wird so der Ausfall von Kursen minimiert. Durch eine Neuregelung hinsichtlich der Vergütung der Außenstellenleitungen werden hier deutliche Anreize geschaffen, Kurse durchzuführen. Neben einer Grundvergütung i. H. v. 600,00 € im Jahr wird es eine erfolgsabhängige Vergütung für durchgeführte Maßnahmen geben. Nicht zuletzt dadurch hofft man, die Position des ehrenamtlichen Außenstellenleiters so attraktiv zu machen, dass in den Verbandsgemeinden viele Kurse durchgeführt werden können.

Die Frage, welche Auswirkungen haben diese Änderungen auf den Personalbedarf, kann Landrat Werner noch nicht beantworten. Er erinnert, dass das Rechnungsprüfungsamt in der Vergangenheit einen Personalüberhang für den Bereich Kreismusikschule/Kreisvolkshochschule festgestellt hat. Zurückgehende Kurse in beiden Bereichen waren ein wesentlicher Grund dafür. In diesem Jahr sind die Volkshochschulkurse aus Eisenberg dazugekommen; außerdem ist durch die umfassende Neuorganisation zunächst ein Mehraufwand notwendig. Deshalb wurde intern beschlossen, den Personalbedarf für Kreismusikschule/Kreisvolkshochschule aufgrund der Leistungszahlen des Jahres 2016 neu zu berechnen und ihn dann entsprechend anzupassen. Darüber wird selbstverständlich in den Kreisgremien berichtet werden.

Insgesamt ist Landrat Werner überzeugt davon, dass man mit dem nun eingeschlagenen Weg bei der Kreisvolkshochschule richtig liegt und dass das Potenzial vorhanden ist, auch bei der Kreismusikschule eine Trendwende herbeizuführen. Abschließend dankt er den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Kreismusik- und der Kreisvolkshochschule.

Klaus-Dieter Groß (CDU) verlässt um 17.25 Uhr die Sitzung.

Wilfried Pick (CDU) dankt für die CDU-Fraktion den Mitarbeitern der beiden Einrichtungen, auch den nebenberuflichen und den ehrenamtlichen Mitarbeitern. Ebenso gilt ein großer Dank dem langjährigen Leiter der KVHS, Herrn Schilling, der bereits ausgeschieden ist.

Die Musikschule arbeitet erfolgreich auf vielen Gebieten. Sie ist eine wichtige Einrichtung für das kulturelle Profil des Kreises. Vor allem im Gruppenunterricht und der Unterstützung der Vereine dient sie der Persönlichkeitsbildung, der gesellschaftlichen Zusammenarbeit und der Integration. Viele der Lehrkräfte und der Schüler haben Migrationshintergründe. Die Musikschule bietet Ermäßigungen für Geschwister, Vereine, Gruppen und unterstützt die Vereine letztlich auch finanziell durch die Mitfinanzierung von Instrumentalunterricht oder Dirigenten.

Wilfrid Pick zeigt sich erfreut darüber, dass die von ihm und Herrn Schilling initiierte Fusion mit der VHS Eisenberg nun zustande kam, obwohl es sicherlich nicht einfach war, die Eigenstän-

digkeit der Eisenberger Volkshochschule aufzugeben. Aber die strengen Richtlinien des Landes und die hohen Anforderungen an Qualifizierung ließen keine Wahl.

Die KVHS arbeitet u. a. auf dem Gebiet des Sprachunterrichts für Migranten, unterstützt auch BorgWarner mit Englischunterricht und betreibt somit auch Wirtschaftsförderung.

Bei dem angemahnten Personalüberhang, solle bedacht werden, dass es langfristige Krankheitsausfälle im Bereich beider Einrichtungen gab.

Die Kreismusikschule erfüllt eine wichtige Aufgabe, verdeutlicht Michael Cullmann (SPD). Auch in Zeiten kommunaler Finanzzwänge bleibt es eine unverzichtbare öffentliche Aufgabe, junge Menschen auch in ihrer musikalischen Entwicklung zu unterstützen. Die Pflege traditioneller Kulturgüter oder auch das Verständnis moderner Musik muss ein Hauptziel der Tätigkeit der Musikschule sein. Eine individuelle Förderung junger Musikerinnen und Musiker ist gerade in Zeiten des demografischen Wandels umso wichtiger, weil die Basis immer dünner wird. Das muss auf der anderen Seite zu verstärkten Anstrengungen führen. Für ihn sei wichtig, alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Kreismusikschule, den Musikvereinen und den Gesangvereinen weiter auszubauen und für die Zukunft verstärkt zu nutzen.

Zu der Kreisvolkshochschule, die ja endlich auch eine ist, merkt Michael Cullmann an, dass die Zeiten, in denen nur Malkurse angeboten wurden, längst vorbei sind. Heute liegen die Schwerpunkte in den Bereichen Beruf, Gesundheit und Sprachen. Kulturelle Angebote haben allerdings nach wie vor von großer Bedeutung und sollten nicht unterschätzt werden. Weiterbildung ist auch ein wichtiges infrastrukturelles Merkmal, denn Menschen wollen nicht nur auf Facebook miteinander kommunizieren – sie wollen auch „echte“ Kontakte. Die angebotenen Kurse stellen für viele Menschen im ländlichen Donnersbergkreis einen wichtigen sozialen Faktor da und sind deshalb wichtig und stärken somit auch die Region.

Die vorgesehene Qualitätszertifizierung der Kurse sei begrüßenswert. Das neue kreisweite Programm der „neuen“ KVHS, das auch im Internet verfügbar und online buchbar ist, sei lobenswert. Für die Zukunft sind Synergien wünschenswert, um den Verwaltungsaufwand in den Verbandsgemeinden minimieren zu können.

Rita Beck (B90/Grüne) führt aus, eine KVHS für den gesamten Donnersbergkreis und erstmals ein einheitliches kreisweites Programmheft sei der richtige Weg in die Zukunft. Sie begrüßt das Engagement im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und den angestrebten kreisweiten Dozentenpool. Da die Qualitätszertifizierung Voraussetzung dafür ist, um weiterhin Integrationskurse und Kurse für die Arbeitsagentur und das Jobcenter anbieten zu können, sollte der Prozess schnellstmöglich abgeschlossen sein. Den genannten Zeitraum von zwei Jahren hält sie für sehr lange, zumal hierfür eine zusätzliche Honorarkraft beauftragt ist. Wichtig hierbei sei die Durchführung, der so dringend benötigten Integrationskurse. Sie möchte wissen, wie viele sol-

cher Kurse über die KVHS angeboten werden und wie viele Personen daran teilnehmen können.

Die einheitliche Verwaltung der KVHS und der KMS in der Karl-Ritter-Schule mit gegenseitiger Vertretung kommt den Bürgern sehr entgegen. Die moderate Erhöhung der Honorare und der Kursgebühren sei angemessen. Das gestaffelte Gebührenmodell ermöglicht es nun auch, kleine Kurse durchzuführen mit wenigen Teilnehmern. Die Änderung der Honorarordnung für Dozenten und die weitgehende Pauschalierung von Fahrtkosten vor und nach Arbeitszeit machen die Kosten besser kalkulierbar. So können Maßnahmen kostendeckend durchgeführt werden. Sie erinnert, dass es in der Vergangenheit nicht immer der Fall war.

Abschließend dankt auch sie im Namen der KT-Fraktion B90/Grüne den Mitarbeitern für die gute Arbeit.

Fabian Kirsch gibt Auskunft über die laufenden Integrationskurse: derzeit wird über die KVHS ein Kurs angeboten, weil die VHS in Eisenberg noch eine „Alterlaubnis“ besitzt, solche Kurse durchführen zu dürfen. Derzeit finden Gespräche mit dem BAMF statt, um diese Möglichkeit auch auf den Rest des Kreises auszudehnen. Grundsätzlich nehmen an einem Kurs 20 Personen teil. Insgesamt finden derzeit im Kreis genügend Integrationskurse statt, weil auch nicht jeder ausländische Bürger die Voraussetzungen für einen Integrationskurs erfüllt. Teilweise laufen diese Kurse gegenwärtig nicht mit einer vollen Teilnehmerzahl.

Zur Dauer des Qualitätszertifizierungsprozesses führt Fabian Kirsch aus, dass hierbei verschiedene Qualitätsbereiche einzeln betrachtet werden müssen. Es ist davon auszugehen, dass ab dem Start dieses Vorganges, der Prozess aufgrund der Vorgaben der zertifizierenden Organisationen etwa zwei Jahre dauern wird. Im Moment werden zum Anstoßen dieses Prozesses die notwendigen Vorarbeiten geleistet, die sehr umfangreich sind. Da derzeit bei der KVHS mehrere „Baustellen“ auf einmal bearbeitet werden, ist es empfehlenswert, die Zertifizierung dann anzugehen, wenn hierfür auch die personellen Ressourcen zur Verfügung stehen. Denn es wäre durchaus ärgerlich, wenn nach zwei Jahren Arbeit und hierfür aufgewendeten Kosten sich kein positives Endergebnis der Zertifizierung ergeben würde.

Helmut Schmidt (Linke) ist erfreut darüber, dass die beiden Einrichtungen dem Kreis so wert sind. Die Erhöhung der Dozenten honorare findet er richtig und gut. Denn trotz dieser kräftigen Erhöhung von 20%-25% wären es bei einer 20 Stunden Woche gerade mal 1.200 € brutto, was heutzutage nicht sehr viel sei. Er schlägt vor, in einem Jahr über eine weitere Erhöhung nachzudenken.

II. Beschlüsse:

Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt die neue Gebührenordnung und allgemeine Teilnahmebedingungen für die Teilnehmer der Kreisvolkshochschule Donnersbergkreis, die zum 01.07.2017 in Kraft treten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Kreistag stimmt der neuen Honorarordnung und Aufwandsentschädigung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Kreistag stimmt der Erhöhung der Sachkosten für die Kreisvolkshochschule um 15.000 € zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Landrat Werner bedankt sich anschließend bei den Anwesenden für ihre Mitarbeit und schließt um 17.40 Uhr die Sitzung des Kreistages.

gez.
(Werner)
Vorsitzender

gez.
(Herbrandt)
Schriftführerin

Weiter anwesend: siehe Anwesenheitsverzeichnis

ABSCHLUSS

Tag der Einladung: 02.11.2016

Tag der Sitzung: 16.11.2016

Sitzungsort: Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 17.40 Uhr

Zahl der Mitglieder des Kreistages 38

Zahl der anwesenden Mitglieder des Kreistags 29

Zahl der abwesenden Mitglieder des Kreistages 9

Vorsitzender: Landrat Winfried Werner

Schriftführer/in: Verwaltungsangestellte Tatjana Herbrandt